

Der Wettbewerb der Sinnproduzenten – zum Kampf um die Deutungshoheit

Vorbemerkung

Die (vom Veranstalter vorgegebene) Überschrift des Papiers bringt eine gewisse Unentschlossenheit, womöglich auch Unentschiedenheit zum Ausdruck: Das Nebeneinander der Begriffe „Wettbewerb“ und „Kampf“ referentialisiert nicht nur die unterschiedlichen Verteilungsmodi des Politischen und des Ökonomischen, sondern lässt auch offen, wie das Verhältnis konkurrierender Sinnangebote zueinander zu denken ist: Im Falle des *Wettbewerbs* als ein Angebot unterschiedlicher Sinn-Entwürfe, bei dem Kunden entscheiden, wobei wahrscheinlich einige Sinn-Entwürfe wegen mangelnder Nachfrage vom Markt verschwinden, grundsätzlich aber von einer Vielzahl nebeneinander bestehender Angebote auszugehen ist. Dabei ist die Herausbildung von Monopolen und Oligopolen zwar nicht auszuschließen, aber von den Ordnungsstrukturen des Wettbewerbs her unerwünscht; Sinnmonopole sollten darum verhindert werden. Im Falle des *Kampfes* konkurrieren dagegen unterschiedliche Sinn-Entwürfe für eine Gesellschaft in der Form miteinander, dass sie sich gegenseitig auszuschalten und vom Kampfplatz zu vertreiben suchen, sodass sich am Schluss ein Sinn-Entwurf durchsetzt und die Ordnung der Gesellschaft prägt. Das schließt nicht aus, dass der Sieg als Ende des Kampfes nicht endgültig ist und der Kampf bei nächster Gelegenheit wieder aufgenommen wird. Aber die Ordnungsperspektive des Kampfes ist die des Sieges und zielt auf die Dominanz eines einzigen Sinn-Entwurfs.

Das Nebeneinander der Bezeichnungen Wettbewerb und Kampf für die Beschreibung der Konkurrenz von Sinnproduzenten kommt freilich nicht von Ungefähr, sondern bringt ein Unbehagen zum Ausdruck, das mit dem einen wie dem anderen Austragungsmodus der Konkurrenz verbunden ist: der relativen Beliebigkeit und Indifferenz von Sinn bei der wettbewerblichen Organisation und des dramatisierten Entscheidungszwangs sowie der anschließenden Verpflichtungsintensität im Falle des Kampfes. Der Wettbewerb ist nicht in der Lage, einen hinreichenden Verpflichtungsgrad des gesellschaftlich anerkannten Sinns zu generieren; der Kampf dagegen läuft stets Gefahr, die Gesellschaft zu spalten, Akzeptanzverpflichtungen zu überdehnen, Sinn-Alternativen zu unterdrücken und so in

Systemen autoritärer, wenn nicht totalitärer Sinnbewirtschaftung zu enden. Wettbewerb steht für ein notorisches Zuwenig an sinnhafter Integration der Gesellschaft, Kampf dagegen für zeitweilige gesellschaftliche Entzweiung und anschließende Überintegration. Die hier angestellten Überlegungen erfolgen im Bewusstsein dieser dilemmatischen Konstellation.

I.

Üblicherweise wird in der *empirischen Eliteforschung* den Sinnproduzenten und ihrer Konkurrenz um Macht und Einfluss keine Aufmerksamkeit geschenkt. Die Ursache dafür ist, dass die empirische Forschung auf identifizierbare Positionen angewiesen ist, deren Inhabern sie einen entsprechenden Einfluss attestiert, um sie der Elite einer Gesellschaft zurechnen zu können. Das hat zur Folge, dass zwar die politische und die wirtschaftliche Elite in den Blick kommt, nicht aber die Gruppen von Sinnproduzenten, deren gesellschaftlicher Einfluss mittel- und langfristig größer und tief greifender sein kann, als der der politischen und ökonomischen Entscheider. Die Konzentration der empirischen Eliteforschung auf die so genannte *Positionselite* hat dazu geführt, dass sich die Empiriker der Elite notorisch unterhalb des Differenzierungsniveaus und Reflexionsgrades der Elitetheorie bewegen. Die hat nämlich durchaus eine sehr genaue Vorstellung von der Bedeutung so genannter *Werteliten* für die Gesellschaften. Diese Werteliten setzen sich im Wesentlichen aus denen zusammen, die hier Sinnproduzenten genannt werden, jedenfalls dann, wenn man den Produzentenbegriff weit fasst und ihn nicht auf die wenigen beschränkt, die originär und kreativ neuen Sinn hervorbringen, sondern auch jene einschließt, die als Sinnbewirtschaftler zu bezeichnen sind. Diese Wertelite sorgt für die Integration der Gesellschaft durch Werte, Überzeugungen und paradigmatischen Lebensstil. Ihre Einflussmöglichkeiten, aber auch die ihr gegenüber geltend gemachten gesellschaftlichen Erwartungen sind diffuser, als dies bei Positionseliten der Fall ist. Entscheider üben Macht aus und nehmen Einfluss, indem sie Entscheidungen treffen. Die Einflussnahme der Wertelite beschränkt sich dagegen nicht auf den propositionalen Gehalt von Entscheidungen, sondern schließt stets performative Komponenten ein. Pointiert formuliert: Die Form, in der Werteliten gesellschaftlichen Einfluss ausüben, ist im Wesentlichen die Performanz.

Entscheidungen haben als Entscheidungen unmittelbare gesellschaftliche Folgen. Haben diejenigen, die eine Entscheidung getroffen haben, eine hinreichend hohe Position in Politik und Wirtschaft, so hat das bindende und lenkende Effekte für die Mitglieder der Gesellschaft,

und zwar unabhängig davon, ob sie diese Entscheidung für richtig oder falsch, notwendig oder überflüssig halten. Die Bindekraft der Entscheidung resultiert aus der Position, die der Entscheider innehat. Das ist bei Werteliten beziehungsweise Sinnproduzenten anders. Sie nehmen, zumindest in liberalen Gesellschaften, keine Position ein, aus der heraus sie ihre Sinnangebote für die Gesamtgesellschaft verbindlich machen können. Sie müssen um Zustimmung und Unterstützung werben, und sie gewinnen in dem Maße an Macht und Einfluss, wie dieses Werben erfolgreich ist. Der Maßstab des Erfolgs ist die gesellschaftliche Zustimmung zu den von ihnen lancierten Wertvorstellungen und Sinnangeboten. Zustimmung kann gewonnen werden durch die Stringenz der Argumentation, durch die Kraft und das Engagement (womöglich aber auch die Raffinesse und Perfidie), mit denen Überzeugungen vorgetragen und in die Diskussionen gebracht werden, schließlich durch die Vorbildlichkeit der eigenen Lebensführung, die Nachahmer und Bewunderer findet. In der *Rhetorik* des Aristoteles sind diese drei Formen der Zustimmungsgewinnung als Logos, Pathos und Ethos bezeichnet worden. Das sind die Kanäle, vermittelt derer Werteliten Einfluss ausüben und Sinnproduzenten Wirksamkeit entfalten.

Karl Mannheim hat bereits 1935 drei Gruppen oder Fraktionen in der Gesamtelite einer Gesellschaft voneinander unterschieden: die politische beziehungsweise organisierende Teilelite, der neben den im engeren Sinn politischen auch die wirtschaftlichen Entscheider zuzurechnen sind, die intellektuelle und künstlerische Teilelite, in der partiell auch einige Sinnproduzenten und Sinnbewirtschafter anzutreffen sind, und schließlich die moralische und religiöse Teilelite, die gleichsam der Tummelplatz der Sinnproduzenten und Sinnbewirtschafter darstellt. Auf die hier ins Zentrum gestellte Unterscheidung zwischen Positions- und Wertelite bezogen heißt das, dass die politische beziehungsweise organisierende Elite weitgehend als Positionselite anzusehen ist, während die moralische und religiöse Elite das Gros der Wertelite stellt. Die intellektuelle und künstlerische Teilelite hingegen ist nicht eindeutig zuzuordnen und bildet eine Schnittmenge beider Teileliten. Ihr kann somit eine entscheidende Bedeutung für den Fall zukommen, dass Positions- und Werteliten miteinander in Konflikt geraten und um die Vorherrschaft in der Gesellschaft kämpfen. Dann kann die intellektuelle und künstlerische Teilelite, der im Übrigen auch die Wissenschaft zuzurechnen ist, durch ihre Präferenzentscheidung ausschlaggebend sein.

II.

Im alltäglichen Normalbetrieb ringen Positions- und Wertelite zwar um Einfluss, aber dieser Ringkampf findet gleichsam in Zeitlupe statt, und da beide Parteien darum wissen, dass sie zwar miteinander konkurrieren, aber zugleich aufeinander angewiesen sind, geht es bei diesem Ringen nicht um Sieg oder Niederlage, sondern um Positionsvorteile oder die Vergrößerung von Spielräumen. Es geht darum, wie viel Macht den Entscheidern und wie viel Einfluss den Sinnbewirtschaftern zukommt. In der Regel funktioniert das Zusammenspiel oder die „Gewaltenteilung“ zwischen beiden Eliten über die Aufteilung von kurzfristigem und langfristigem Einfluss. Nur Revolutionen und Bürgerkriege sind Phasen, in denen diese Zuständigkeitsverteilung durcheinander gerät. So lassen sich Revolutionen (im Unterschied zu Revolten) als jene kurze Etappen in der Geschichte beschreiben, in denen Sinnproduzenten und Sinnbewirtschafter versuchen, die Entscheider unter ihre Kontrolle zu bringen beziehungsweise selbst an die Schalthebel der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu kommen. Sicherlich haben sich alle großen bürgerlichen Revolutionen im machtpolitischen Kern um das Steuerbewilligungsrecht gedreht, vom Abfall der Niederlande über die englischen Revolutionen von 1640 und 1689 und den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg bis zur französischen Revolution von 1789, aber diese Konflikte über die Machtverteilung zwischen Parlament und König beziehungsweise die Zutrittsweiterung zur parlamentarischen Repräsentation, was Konflikte der Entscheidereliten sind, erhalten ihre revolutionäre Dynamik erst durch die Heilsversprechen, die von den revolutionären Werteliten in diese Konflikte eingespielt werden. Erst die Aussicht darauf, dass mit der Neubesetzung der Entscheiderpositionen auch ein neues Kapitel der Weltgeschichte aufgeschlagen werde, verleiht den Revolutionären und ihren Anhängern die Kraft, den Konflikt voranzutreiben. In dieser Phase übernehmen Sinnproduzenten und Sinnbewirtschafter die unmittelbare Macht.

Der Eintritt in die postrevolutionäre Phase beginnt dann, wenn sich diese Sinnproduzenten und Sinnbewirtschafter aus der unmittelbaren Machtausübung wieder zurückziehen oder daraus zurückgedrängt werden. Die Heilsversprechen des revolutionären Augenblicks müssen nun praktisch eingelöst werden, das Revolutionscharisma veralltäglicht sich, und spätestens jetzt erweisen sich die Sinnbewirtschafter mit der Handhabung von Entscheidungsstrukturen überfordert. Es sind keineswegs die vorrevolutionären Entscheidungseliten, die an die Macht zurückkehren, sondern die selbst aus der Revolution hervorgegangenen Entscheider versuchen, sich gegen die Sinnbewirtschafter neue Spielräume zu verschaffen.

Nachrevolutionäre Konflikte sind oft solche zwischen Eliten mit unterschiedlichen Einflusschancen und Formen der Machtausübung. Am dramatischsten war diese Auseinandersetzung in den revolutionär umgestalteten sozialistischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts: Die wiederkehrenden „Säuberungen“ der Partei und die Politik des Terrors, des großen Sprungs oder der Kulturrevolution sind Auseinandersetzungen, in denen sich die Sinnbewirtschafter gegen das Vordringen der Entscheider zur Wehr gesetzt haben, um ihre revolutionären Sinnversprechen aufrechtzuerhalten und sich nicht der Technokratisierung der Revolution zu beugen. Die unmittelbare Herrschaft der Sinnproduzenten und Sinnbewirtschafter ist freilich nur als ein auf Dauer gestellter Bürgerkrieg möglich. Etwas weniger blutig, aber in ähnlicher Weise vollzieht sich gegenwärtig die Veralltäglicung der islamischen Revolution im Iran.

In der ausschließlichen Perspektive der Revolutionsbetrachtung könnte man zu dem Ergebnis kommen, die Existenz von Sinnproduzenten und Sinnbewirtschaftern stelle in einer Gesellschaft einen permanenten Unruheherd dar, und es komme dementsprechend darauf an, diese Gruppe unter die strikte Kontrolle der Entscheider zu bringen, um Ruhe und Ordnung zu wahren. Autoritäre Staatstheorien, deren Anfang man bei Thomas Hobbes ausmachen kann, vertreten ganz dezidiert eine solche Auffassung. Ihr Motto ist Hobbes' Formel: „Auctoritas non veritas facit legem“. Im Unterschied dazu lässt sich der Totalitarismus des 20. Jahrhunderts als die direkte Herrschaft der Sinnproduzenten begreifen, die nicht nur eine neue Gesellschaft, sondern auch einen neuen Menschen hervorbringen wollen, um den von ihnen ermittelten Sinn der Welt und der Geschichte auch dauerhaft realisieren zu können. Die republikanisch-liberale Gesellschaftsauffassung dagegen weist den Entscheidern und den Sinnbewirtschaftern je eine eigene Sphäre zu, in der sie die ihnen eigenen Formen der Einflussnahme und Einflussentwicklung pflegen können, wobei immer klar ist, dass Übergriffe der einen auf die andere Seite gefährlich sind und zur Zerstörung der bestehenden Ordnung führen können. Liberalismus und Republikanismus wiederum unterscheiden sich darin, dass die Liberalen die Sphäre der Sinnbewirtschafter etwas kleiner gestalten und ihre Binnenorganisation nach dem aus dem Wirtschaftsleben abgezogenen Modell des Wettbewerbs organisieren, während die Republikaner den Sinnbewirtschaftern einen größeren Raum zugestehen und diesen Raum politisch eher nach dem Modell des Kampfes organisieren, also derart, dass eines der Sinnangebote sich durchsetzt und danach Verbindlichkeit für die Gesamtgesellschaft besitzt.

III.

Die europäische Geschichte der Neuzeit lässt sich unter anderem auch als ein schrittweiser Gestaltwandel der Sinnproduzenten begreifen. Am Anfang dieses Gestaltwandels steht die Selbstentmachtung der Theologen im konfessionellen Bürgerkrieg, und im Gefolge dieser Selbstentmachtung hat der Aufstieg der Juristen stattgefunden. Die Teilelite der Juristen aber ist nur eingeschränkt zu Sinnproduktion und Sinnvermittlung befähigt, weswegen sich Vakuen bilden, in die allmählich die Philosophie eindringt, zunächst in Gestalt der Aufklärungsphilosophie, danach ausdifferenziert in Geschichtsphilosophie, politische Ethik und Sozialphilosophie. Vor allem die Geschichtsphilosophie betreibt, wie Karl Löwith dies Anfang der 1950er Jahre beschrieben hat, das Geschäft der Theologie in säkularisierter Gestalt. Es kommt demnach nicht von ungefähr, dass die Konkurrenz, aber auch die Verbindungen zwischen Philosophie und Theologie besonders ausgeprägt sind. Der Niedergang und schließlich der Zusammenbruch der Geschichtsphilosophie im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre, zunächst durch die Erosion des Fortschrittsglaubens infolge des Blicks auf die Begrenztheit der zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen (die Feststellung der Grenzen des Wachstums im Bericht des Club of Rome) und sodann durch das Ende des sozialistischen Versprechens angesichts des Zusammenbruchs der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, hat jedoch eine Lücke hinterlassen, die wie ein Vakuum das Einwandern neuer Sinnproduzenten provoziert hat. Vor allem die Herausbildung und der politische Bedeutungsgewinn von religiösen Fundamentalismen ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Der Fundamentalismus, gleichgültig ob islamischer, jüdischer oder christlicher Provenienz, ist dadurch gekennzeichnet, dass er die bestehenden Arrangements autoritärer wie liberal-republikanischer Art bezüglich der Einflusszonen von Entscheidern und Sinnbewirtschaftern grundsätzlich in Frage stellt und den Anspruch erhebt, aus den radikalisierten Sinnvorgaben der jeweiligen Religion die Grundordnung einer neuen und guten Gesellschaft ablesen zu können.

Man kann den Säkularisierungsprozess aber auch als einen nordwesteuropäischen Sonderweg bezeichnen, der in dieser Form nicht einmal den gesamten europäischen Kontinent ergriffen, geschweige denn die anderen Kontinente in gleicher Form erfasst hat. Die Deutungshoheit der Religion über den wesentlichen Lebenssinn ist außerhalb Nordwesteuropas (und zeitweilig der staatssozialistischen Länder) nie gebrochen oder ernstlich in Frage gestellt worden, sodass

man auch nicht von einer Rückgängigmachung der Säkularisierung sprechen kann. Hier sind die Theologen und Glaubensvirtuosen immer die einflussreichsten und wichtigsten Sinnbewirtschafter geblieben, und zwar in Gesellschaften, in denen die Einflussphären der Sinnproduzenten in Relation zu denen der politischen und wirtschaftlichen Entscheider immer größer geblieben sind als in den Gesellschaften des europäischen Nordwestens. Die Erwartung eines verbindlichen Sinnangebots und die entsprechende Nachfrage danach in der Bevölkerung dieser Gesellschaften sind dementsprechend größer und intensiver. Und zugleich ist die Inpflichtnahme der Entscheider bei der Verbindlichmachung des religiösen Sinns durch die Sinnproduzenten und -bewirtschafter umfassender als in unseren Gesellschaften.

Eine der Folgen der Globalisierung, verstanden als Verbreiterung und Beschleunigung des Austauschs von Menschen und Kapital, Informationen und Dienstleistungen zwischen den verschiedenen Kontinenten und Kulturen, besteht darin, dass eine Separierung von Gesellschaften mit unterschiedlich definierten Einflussphären von Positions- und Werteliten inzwischen kaum noch möglich ist. Räumliche Distanz und geringer Austausch haben in der Vergangenheit für ein weitgehend konfliktfreies Nebeneinander von Gesellschaften mit unterschiedlicher Einflussverteilung zwischen Positions- und Werteliten gesorgt. Das Nebeneinander von Gesellschaften mit unterschiedlichen Reichweiten, die von den Sinnproduzenten für die von ihnen vertretenen Werte geltend gemacht werden, aber auch das Einwandern von Menschen mit der Erwartung strikter Wertbindungen in Gesellschaften mit eher schwachen Wertbindungen, ist in hohem Maße konfliktös. In der Vorstellung von der multikulturellen Gesellschaft ist dieser Reichweitenkonflikt unterschätzt worden. Es kommen die mediale Verdichtung, das Internet und schließlich die weltweite Verbreitung von in Spielfilmen wie Musikclips enthaltenen Wertauffassungen hinzu, die in wachsendem Maße Konflikte zwischen wirtschaftlichen Interessen und politischem Einfluss in Konflikte konkurrierender Werte und Überzeugungen verwandeln.

Das ist zugleich der Grund, warum der jüngst von Joseph Nye ins Gespräch gebrachte Vorschlag, der Westen (insbesondere die USA) solle sich in globaler Hinsicht mehr auf seine *soft power* als auf *hard power* verlassen, kaum auf eine Abschwächung und Begrenzung von Konflikten hinauslaufen dürfte. Zwar würde dies für den Westen kurzfristig die anfallenden Durchdringungskosten verringern, mittelfristig dürfte dies aber zu einem vergleichbaren Konfliktniveau führen, wie beim Gebrauch von *hard power* (womit politische Einflussnahme, militärischer Zwang und wirtschaftliche Abhängigkeiten gemeint sind). Vor allem aber gilt,

dass bei Konflikten, die sich weniger um Interessen und mehr um Werte drehen, Kompromisse kaum möglich sind und demgemäß mit einer langen Konfliktdauer zu rechnen ist.

IV.

Gesellschaften brauchen politische und wirtschaftliche Eliten, aber sie sind ebenso auf die Existenz integrativer Eliten angewiesen, die sich um Wertekanon und Wertekonsens einer Gesellschaft kümmern und die moralischen Standards und Überzeugungen in der Gesellschaft bewirtschaften. Die Vorstellung, im Prozess der Modernisierung, Liberalisierung und Individualisierung der Gesellschaften werde am Schluss die Wertelite verschwinden und es keine verbindlichen Wert- und Sinnvorstellungen mehr geben, hat sich offenkundig als falsch erwiesen. Die auslagenförmige Präsentation unterschiedlicher Sinnangebote, aus der jeder Gesellschaftsangehörige das ihm Passende zusammenstellt, überfordert die meisten Menschen und führt gleichzeitig zu sozialmoralisch desintegrierten Gesellschaften, die den inneren wie äußeren Herausforderungen nicht gewachsen sind. Im Unterschied zum Liberalismus hat der politische Republikanismus immer um das Erfordernis einer auch sozialmoralischen Integration der Gesellschaft gewusst und dies in seinen Vorstellungen politischer Ordnung prominent gemacht. Dementsprechend ist in den republikanischen Politiktheorien (Machiavelli, Rousseau, Federalists) den Sinnproduzenten stets ein prominenter Platz zugewiesen worden, freilich in dem Bewusstsein, dass sie an Werten und Sinnvorstellungen keineswegs ins Spiel bringen können, was ihnen beliebt, sondern nur, was im Prinzip mit dem Grundkonsens der Gesellschaft übereinstimmt. Die politischen Theorien des Republikanismus haben eine starke Vorstellung davon, dass es Sinnproduzenten und Wertbewirtschaftler gibt, die weder zum Wettbewerb noch zum (innergesellschaftlichen) Kampf zugelassen werden dürfen, weil sie den gesellschaftlichen Grundkonsens zerstören. Sie sind also mit allen zulässigen Mitteln zu bekämpfen. Liberalität in dem Sinne, dass jeder die Chance haben soll, seine Wertangebote und Sinnvorstellungen anbieten zu können, ist nach republikanischer Auffassung fehl am Platze.

Aber der Republikanismus belässt es nicht bei dieser ausschließenden Begrenzung des Zugangs, sondern geht darüber hinaus davon aus, dass politische Verbände starke Grundüberzeugungen haben müssen, um sich politisch behaupten zu können. Welche dies

sind, kann in einem Kampf um die Überzeugung einer relevanten Mehrheit der Gesellschaftsangehörigen entschieden werden, aber diejenigen Werte und Sinnvorstellungen, die sich in diesem Kampf durchgesetzt haben, sind dann für die gesamte Gesellschaft verbindlich. Einen Wettbewerb im Sinne eines offenen Angebots von Werten und Sinnvorstellungen kann es danach nur noch in deutlich eingeschränkter Form geben.

Literaturangaben

Karl Löwith: Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1953.

Karl Mannheim: Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus (1935), Darmstadt 1958.

Joseph S. Nye: Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht, Hamburg 2003.